



19.004

GPk-NR/SR und GPDel.**Jahresbericht 2018****CdG-CN/CE et DélCdG.****Rapport annuel 2018***Erstrat – Premier Conseil*

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 19.03.19 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 20.03.19 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)

von Siebenthal Erich (V, BE), für die Kommission: Der vorliegende Jahresbericht gibt einen Überblick über die Tätigkeit der parlamentarischen Obergrenze der Geschäftsprüfungskommissionen und der Geschäftsprüfungsdelegation im Jahre 2018. Er enthält überdies Informationen zu den Arbeitsmethoden und Prozessen, zu den Problemen im Zusammenhang mit bestimmten Aufsichtsgeschäften und zu den erzielten Ergebnissen. Seit dem Jahresbericht 2016 liegt der inhaltliche Schwerpunkt dabei auf Geschäften, zu denen im Laufe des Jahres nicht bereits öffentlich kommuniziert wurde. Davor wurde nur über die abgeschlossenen Geschäfte und die Veröffentlichungen der GPK berichtet. Um die Transparenz zu erhöhen, informieren die GPK im Jahresbericht seit 2017 auch über ihre laufenden Arbeiten.

Die GPK befassten sich im Berichtsjahr wiederholt mit der Governance der bundesnahen Unternehmen. Die Kommissionen formulierten diesbezüglich mehrere Empfehlungen zuhanden des Bundesrates, insbesondere in ihren Berichten zum Cyberangriff auf die Ruag und zur Überwachung der Interessenbindungen der Verwaltungsräte bundesnaher Unternehmungen.

Mehrere Fragen zur Governance stellten sich auch aufgrund der Enthüllung über die nicht gesetzeskonforme Buchhaltungspraxis bei der Postauto AG. Anfang September 2018 informierten die Kommissionen den Bundesrat, dass sie angesichts der Bedeutung des Postauto-Falles dieses Dossier weiterhin äusserst aufmerksam verfolgen und zu gegebener Zeit über ihre Schlussfolgerungen aus Sicht der parlamentarischen Aufsicht informieren werden.

Die GPK befassten sich 2018 ebenfalls mit der Herausgabe von Daten Dritter im Rahmen der Amtshilfe durch die Eidgenössische Steuerverwaltung. Den US-Behörden werden Dokumente geliefert, die neben den im Rahmen der Amtshilfe explizit angeforderten Informationen auch sensible Daten von Drittpersonen enthalten, ohne dass diese im Voraus über die Weitergabe der Daten informiert werden.

Im Zusammenhang mit der Untersuchung der Hochseeschiffahrts-Bürgschaft des Bundes veröffentlichten die GPK am 26. Juni 2018 ihren Untersuchungsbericht. Im Rahmen der Inspektion sollte insbesondere geklärt werden, wie das Eidgenössische Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung seine Aufsicht über das Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung und das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten die Aufsicht über das Schweizerische Seeschiffahrtsamt wahrgenommen hatten. Ausserdem befassten sich die GPK mit der Information des Gesamtbundesrates, mit den Lehren, die aus dieser Angelegenheit für weitere Bürgschaften und für das Risikomanagement des Bundes gezogen werden können, sowie mit der Rolle der Eidgenössischen Finanzkontrolle.

Neben den erwähnten Untersuchungen beschäftigte sich die GPK im Jahre 2018 mit diversen weiteren Themen, zu denen bisher keine Informationen veröffentlicht wurden und die nun Gegenstand des vorliegenden Berichtes sind. Dazu gehören die Kriegsmaterialexporte, die nationale Strategie zum Schutz der Schweiz vor Cyberrisiken, der Impfstoffmangel, die nukleare Sicherheit in der Schweiz oder auch die Einführung des elektronischen Gerichtsdoziers.

Die GPK publizierten im vergangenen Jahr elf Untersuchungsberichte. Der Bericht der GPK-NR zur Administrativhaft im Asylbereich sowie die Berichte der GPK-SR zur Beteiligung des Bundes an Wirtschaftssanktionen und zur Zweckmässigkeit der Bevölkerungsszenarien des Bundesamtes für Statistik stützten sich auf eine Evaluation der Parlamentarischen Verwaltungskontrolle. Die GPK leitete im vergangenen Jahr überdies zwei neue Inspektionen ein. Es handelte sich dabei um die Administrativ- und Disziplinaruntersuchungen in



der Bundesverwaltung sowie die Erfüllung angenommener Motionen und Postulate. Auf der Basis der Berichte der PVK werden die Kommissionen zusätzlich ihre Beurteilungen aus der Perspektive der parlamentarischen Oberaufsicht vornehmen. Die Veröffentlichung der Ergebnisse dieser Inspektionen erfolgt voraussichtlich im Verlauf des Jahres 2019.

Im Berichtsjahr trat die GPK zu 19 Plenarsitzungen und 67 Subkommissions- bzw. Arbeitsgruppensitzungen zusammen. Davon waren 12 Termine Dienststellenbesuchen gewidmet. Die Geschäftsprüfungsdelegation führte 11 Sitzungen durch. Insgesamt fanden 97 Sitzungen statt. (*Zwischenruf des Präsidenten: Herr von Siebenthal, kommen Sie zum Schluss.*) Die GPK beider Räte sind daran, einen Erlassentwurf zur parlamentarischen Initiative Joder 15.451, "Stärkung der Geschäftsprüfungskommissionen", auszuarbeiten. Die Möglichkeit, die PUK bei einem ausserordentlichen Fall einzusetzen, soll beibehalten werden. (*Zwischenruf des Präsidenten: Darf ich Sie bitten, zum Schluss zu kommen, Herr von Siebenthal?*) Gut, in diesem Fall danke ich Ihnen für die Aufmerksamkeit und dem Sekretariat der GPK für die gute Zusammenarbeit.

Feri Yvonne (S, AG), für die Kommission: Ich informiere Sie kurz über wichtige Arbeiten im Bereich der Subkommissionen EFD/WBF. Die GPK haben im Berichtsjahr einmal mehr die Kriegsmaterialausfuhr thematisiert. In diesem Zusammenhang wurden verschiedene Anhörungen durchgeführt. Unter anderem befasste sich die Kommission mit Elic, dem elektronischen Bewilligungssystem für die Kriegsmaterialausfuhr. Diese Plattform dient der Bewilligung von Dual-Use-Gütern sowie Kriegsmaterial und wurde 2014 eingeführt.

Im Oktober 2016 informierte die Eidgenössische Finanzkontrolle die GPK darüber, dass die interne Revision des Seco bei Elic Mängel festgestellt habe. Die GPK holte von der Verwaltung und vom Bundesrat Informationen ein und erfuhr dabei, dass die interne Revisionsstelle des Seco 2016 Empfehlungen abgegeben hatte, die in der Zwischenzeit umgesetzt wurden. Zudem wurden im Jahre 2018 weitere Massnahmen zur Verbesserung von Elic vorgesehen. Laut zuständigem Departement bestand zu keinem Zeitpunkt die Gefahr, dass Kriegsmaterialausfuhren unrechtmässig bewilligt werden.

Die GPK wollten zudem näher über die Ausfuhren und die Lieferungen der im Ausland tätigen Tochtergesellschaften der Ruag orientiert werden. Die GPK werden künftig an der jährlichen gemeinsamen Sitzung ihrer Subkommissionen EFD/WBF zur Kriegsmaterialausfuhr vom Bundesrat über die Erreichung des strategischen Zieles 1.7 der Ruag informiert. Dieses Ziel fordert, dass das Unternehmen unabhängig vom Standort seiner Geschäftseinheiten die Grundsätze der schweizerischen Aussenpolitik einhält, insbesondere was die Ausfuhr von Kriegsmaterial betrifft. Die Ausfuhr von Isopräpo ... (*Zwischenruf Heer: Isopropanol!*) nach Syrien – danke schön; Herr Heer hat es gesagt – war ebenfalls Gegenstand mehrerer Diskussionen. Im April 2018 wurde in den Medien bekannt, dass ein Schweizer Unternehmer fünf Tonnen Isopropanol nach Syrien exportiert hatte. Sie erinnern sich daran. Das Seco hatte dem Exporteur zuvor in einer Feststellungsverfügung bescheinigt, dass dieses Vorhaben keiner Beschränkung unterliegt. Die GPK hält fest, dass die Lieferung 2014 zwar rechtmässig erfolgt war, eine solche Ausfuhr nach Syrien heute aber nicht mehr möglich wäre. Der Bundesrat hat nämlich am 1. Juni 2018 die Verordnung über Massnahmen gegenüber Syrien geändert. Somit können keine chemischen Produkte mehr ausgeführt werden. Die Ausfuhr dieser Substanzen muss vom Seco formell bewilligt werden. Die GPK-NR beschloss daher, ihre Arbeiten in dieser Angelegenheit jetzt abzuschliessen.

Die GPK-SR untersuchte ferner den Verdacht, dass in der Schweiz hergestellte Sturmgewehre von saudi-arabischen

AB 2019 N 443 / BO 2019 N 443

Soldaten im Jemen-Konflikt verwendet wurden. Gemäss Medienberichten entstammten diese Waffen einer Lieferung an Saudi-Arabien aus dem Jahr 2006. Nachdem die Kommission beim Vorsteher des WBF Informationen zu diesem Thema eingeholt hatte, stellte sie fest, dass es an klaren Beweisen für den Einsatz dieser Waffen in den Kampfhandlungen fehlt und dass das WBF eine solche Verwendung dieser Waffen, namentlich in der Grenzregion zu Jemen, jedoch auch nicht ausschliessen kann. Eine entsprechende Lieferung wäre heute auch nicht mehr möglich, da der Bundesrat und die zuständigen Stellen die Ausfuhr von Kriegsmaterial nach Saudi-Arabien seit 2009 grundsätzlich nicht mehr bewilligen.

2016 verschärfte der Bundesrat seine Bewilligungspraxis weiter. Im Bereich EFD/WBF haben wir noch vieles mehr geprüft oder sind daran, es zu prüfen. Nachfolgend seien nur einige Themen genannt: Übergabe von Daten Dritter im Rahmen der Amtshilfe der ESTV, also automatischer Informationsaustausch – das ist ein wichtiges Thema, welches uns nach wie vor beschäftigt –; Probleme bei der ETH in Sachen Mobbing und sexuelle Belästigung – darüber wurde medial oft berichtet, die Verantwortlichen sind sich der Problematik sehr bewusst, und wir werden weiterhin ein Augenmerk darauf legen –; Probleme bei den RAV; Direktzahlungen des BLW; Qualität der Verbundpartnerschaft in der Berufsbildung; Evaluation Freihandelsabkommen. Einige



dieser Berichte werden nun im laufenden Jahr abgeschlossen.

Wir besuchten das Bundesamt für Bauten und Logistik und bekamen direkten Einblick in die vielfältigen Aufgaben dieses Bundesamtes. Dienststellenbesuche sind sehr wertvoll für die Arbeit der GPK, bekommen wir doch so einen raschen Überblick, lernen die Personen direkt kennen und sehen auch die Räumlichkeiten.

In meiner Berichterstattung arbeite ich unter anderem mit Zitaten aus dem GPK-Bericht, denn wer diesen gelesen hat, weiss, dass er sehr wertvolle Aussagen enthält. Ich danke an dieser Stelle den Mitarbeitenden des GPK-Sekretariates für ihre unterstützende Arbeit.

Heer Alfred (V, ZH), für die Kommission: Ich möchte kurz über die Arbeit der Geschäftsprüfungsdelegation berichten. Wie Sie wissen, besteht die Geschäftsprüfungsdelegation aus drei Ständerätinnen und Ständeräten sowie drei Nationalrätinnen und Nationalräten. Wir überwachen im Rahmen der parlamentarischen Oberaufsicht die Aktivitäten des zivilen Nachrichtendienstes, also des Inland- und des Auslandnachrichtendienstes, sowie des militärischen Nachrichtendienstes.

Diese Kontrolltätigkeit umfasst diverse Punkte. Ich möchte hier nicht den ganzen Bericht wiederholen, aber wichtig ist einerseits die Beobachtungsliste des Bundesrates in Kapitel 4.2, d. h. die Liste der Organisationen, die beobachtet werden. Der Bundesrat muss diese Liste genehmigen und der Geschäftsprüfungsdelegation zur Kenntnis bringen. Wichtig ist andererseits die Zusammenarbeit mit ausländischen Behörden, über die wir ebenfalls informiert werden. Wir wurden vom neuen Direktor des NDB auch über die Zusammenarbeit im Grenzgebiet informiert. Einige Kantone pflegen ja Kontakte zu ausländischen Behörden; diese müssen aber vom NDB bewilligt werden, respektive der NDB muss von den Kantonen informiert werden.

Mit dem Inkrafttreten des neuen Nachrichtendienstgesetzes hat der Nachrichtendienst die Möglichkeit, Trojaner usw. einzusetzen, welche aber genehmigungspflichtig sind. Eine grosse Aufgabe der Geschäftsprüfungsdelegation im letzten Jahr bestand darin, den Prozess der Genehmigungsgesuche zusammen mit dem Bundesverwaltungsgericht eng zu begleiten. Einerseits muss sichergestellt werden, dass dieser Prozess natürlich absolut geheim und vertraulich erfolgt. Andererseits muss natürlich auch die Rechtssicherheit gewährleistet sein. Die Geschäftsprüfungsdelegation ist sich einig, dass man mit der Arbeit sehr zufrieden ist. Es hat jetzt allerdings eine personelle Änderung gegeben: Frau Salome Zimmermann wurde altershalber pensioniert, und die Genehmigungsgesuche sind jetzt in neuen Händen. Wir sind aber zuversichtlich, dass die Arbeit gut ausgeführt wird.

Die einzige Frage, die sich stellte, betraf die Personalpolitik unseres Parlamentes bezüglich des Bundesverwaltungsgerichtes. Es ist doch ein erheblicher neuer Aufwand für das Bundesverwaltungsgericht, diese Gesuche zu überprüfen. Hier hat sich das Bundesverwaltungsgericht jetzt so organisieren können, dass eine hohe Qualität und eine zeitgerechte Behandlung gewährleistet sind.

Die Funk- und Kabelaufklärung finden Sie unter Rubrik 4.4. Auch hier ist es für die Geschäftsprüfungsdelegation natürlich wichtig, dass die Aufsicht der UKI funktioniert.

Dann hatten wir im letzten Jahr als einen der Hauptschwerpunkte die Affäre um den sogenannten Spion Daniel M., also die Verwerfungen, die wir mit der Bundesrepublik Deutschland hatten. Wir haben den Bericht bereits verfasst und veröffentlicht, und er wurde auch breit abgehandelt. Hier ist einer der Schwerpunkte für die Geschäftsprüfungsdelegation immer noch die Frage, wie der Nachrichtendienst, der Quellen hat, mit seinen Quellen umgeht. Es ist wichtig, dass er diese Quellen nach Beendigung auch darüber informiert, dass die Zusammenarbeit tatsächlich beendet ist. Der Bericht zu Daniel M. hat ergeben, dass dies eben nicht der Fall war. Hier muss unbedingt Klarheit geschaffen werden.

Im Weiteren ist das NDG natürlich auch ein Thema für die kantonalen Behörden, denn die Kantonspolizeien unterhalten ebenfalls Abteilungen für den Staatsschutz. Hier ist eine gute Zusammenarbeit zwischen den Nachrichtendiensten wichtig. Die Kantonspolizeien unterstehen selbstverständlich den Geschäftsprüfungskommissionen der jeweiligen Kantone. Hier hatten wir dieses Jahr eine Aussprache, wie wir diese Zusammenarbeit zur Zufriedenheit aller organisieren können.

Jetzt ist leider meine Redezeit bereits abgelaufen. Ich würde Ihnen raten, den Bericht zu lesen. Er enthält weitere interessante Details, auch über den militärischen Nachrichtendienst und über die Möglichkeit des Eindringens in fremde Computersysteme: Wer kann diesen Befehl erteilen, wer ist dafür zuständig? Ich darf nicht mehr weiter ausführen, sonst schickt mich die Präsidentin zwar nicht gerade zum Teufel, wohl aber vom Pult weg. Darum: Lesen Sie den Bericht, wenn Sie weitere Informationen möchten. Ansonsten stehen Ihnen Frau Graf, meine Wenigkeit oder auch Hugues Hiltbold von der FDP-Fraktion gerne zur Verfügung.

Piller Carrard Valérie (S, FR), pour la commission: Comme membre de la sous-commission DFI/DETEC de la Commission de gestion, j'évoquerai deux éléments issus du rapport annuel 2018 des Commissions de gestion



qui concernent ladite sous-commission, à savoir la surveillance de l'Office fédéral des transports concernant l'infrastructure ferroviaire, et la problématique de la pénurie de vaccins.

La surveillance de l'Office fédéral des transports en matière d'infrastructure ferroviaire a été critiquée dans les médias, suite à la révélation de cas de corruption chez certains gestionnaires d'infrastructure ferroviaire. Début 2018, la Commission de gestion a décidé d'examiner la question et a entendu fin mars des représentants de l'Office fédéral des transports. Ces derniers ont expliqué la répartition des responsabilités: les gestionnaires d'infrastructure ferroviaire sont responsables de l'efficacité de l'exploitation et de l'entretien de l'infrastructure – donc également du contrôle interne des projets –, alors que l'Office fédéral des transports, comme commanditaire, dirige le processus de financement de l'infrastructure, y compris le "controlling". Les représentants de l'Office fédéral des transports ont notamment indiqué que ce dernier était disposé à créer un système de contrôles aléatoires de l'exécution technique des travaux d'infrastructure.

La Commission de gestion a décidé de continuer à suivre ce dossier pour s'informer de la mise en œuvre des différentes mesures évoquées par l'office. En avril, elle a abordé ce sujet avec les représentants du DETEC et des CFF, lors des entretiens sur l'atteinte des objectifs stratégiques des CFF. En août, l'Office fédéral des transports a confirmé à la Commission de gestion travailler à la mise en œuvre de la recommandation sur les contrôles aléatoires auprès des gestionnaires d'infrastructure ferroviaire. Une société externe a été chargée d'élaborer la conception de ces contrôles. L'Office fédéral des transports a par ailleurs indiqué avoir noué des

AB 2019 N 444 / BO 2019 N 444

contacts avec l'Office fédéral des routes, qui dispose d'expérience en matière de contrôles aléatoires.

Vu les conséquences des nouvelles mesures en termes financiers et de personnel, la commission a décidé qu'elle s'informerait à nouveau de ce dossier durant l'été 2019.

Mon autre sujet concerne le Département fédéral de l'intérieur. Fin 2017, la Commission de gestion s'est penchée sur la pénurie actuelle de vaccins en Suisse. Les représentants de l'Office fédéral de la santé publique et de l'Institut suisse des produits thérapeutiques l'avaient informée des mesures prévues, notamment la création d'un service de notification et la constitution de réserves obligatoires de vaccins. L'introduction d'un système de commande centralisée de vaccins placé sous responsabilité étatique, en vigueur dans certains pays européens, a été évoquée.

A l'époque, la Commission de gestion n'a pas décelé de manquements du point de vue de la haute surveillance, mais considérait que la situation en matière d'approvisionnement de vaccins demeurait préoccupante. Elle a donc adressé une lettre à la Commission de la sécurité sociale et de la santé publique l'invitant à étudier les différentes possibilités d'intervention politique. Fin février 2018, la Commission de la sécurité sociale et de la santé publique a répondu partager les préoccupations de la Commission de gestion sans estimer qu'il y avait pour le moment une nécessité d'agir sur le plan législatif.

En octobre, la Commission de gestion a fait par le truchement de sa sous-commission compétente de nouveau le point avec les représentants de l'Office fédéral de la santé publique, qui ont confirmé que les problèmes d'approvisionnement en vaccins continuaient de s'aggraver à l'échelle internationale, à cause de l'augmentation générale de la demande, des faibles possibilités de stockage, des coûts élevés et de la lenteur des processus de production, du manque de flexibilité entre les pays ainsi que d'une situation de quasi-monopole sur le marché international de la production de vaccins.

Pour les mesures déjà introduites, les représentants de l'Office fédéral de la santé publique ont indiqué que le bureau de notification fonctionnait bien, garantissant une information rapide. Les réserves obligatoires de vaccins prévues par la loi sont toujours en cours de constitution. Les représentants de l'Office fédéral de la santé publique sont d'avis que les mesures réalisées sont utiles mais insuffisantes, même si l'entrée en vigueur début 2019 de la loi révisée sur les produits thérapeutiques doit faciliter l'importation de vaccins non autorisés sur le marché suisse.

Les représentants de l'Office fédéral de la santé publique ont aussi évoqué la possibilité d'acquérir en cas d'urgence des vaccins par le canal de la Pharmacie de l'armée, option qui n'a pas encore été étudiée en détail. L'Office fédéral de la santé publique est favorable à l'analyse approfondie de l'option d'un achat centralisé de vaccins par la Confédération, mais estime qu'une décision politique préalable est nécessaire; il souhaite donc attendre que le Parlement se prononce sur une motion Heim 18.3058 déposée en mars 2018.

La Commission de gestion demeure préoccupée par la situation actuelle de l'approvisionnement en vaccins et déplore l'absence d'améliorations notables depuis fin 2017. Consciente de la marge de manœuvre limitée de l'Office fédéral de la santé publique, elle continue de suivre étroitement ce dossier.

Chevalley Isabelle (GL, VD): Je me concentrerai sur deux thèmes, à savoir la sécurité nucléaire et l'exportation



de matériel de guerre.

Concernant la sécurité nucléaire, la Commission de gestion s'est inquiétée début 2016 du fait de savoir si des pièces pour centrales nucléaires produites par le constructeur français Areva dans son usine de Creusot Forge, pour lesquelles des falsifications de documentation ont été constatées, étaient en fonction dans nos installations en Suisse. Il s'avère que oui. Fin octobre 2016, le Conseil fédéral a indiqué à la commission qu'après vérification de l'Inspection fédérale de la sécurité nucléaire (IFSN), il n'y avait pas lieu de s'inquiéter. Sauf que cette même IFSN a décidé de procéder à de nouvelles vérifications début décembre de la même année, soit un mois après nous avoir dit que tout allait bien.

En novembre 2017, l'IFSN a présenté son rapport à la sous-commission et nous a dit qu'après vérification des documents de fabrication des pièces, l'étude n'avait révélé "aucun indice d'écarts par rapport aux contraintes de conception", et que, compte tenu des résultats des contrôles effectués, il ne fallait "pas s'attendre à des conséquences négatives sur l'intégrité structurelle" des pièces concernées. On aurait pu s'attendre à ce que l'IFSN fasse ces contrôles suite à la première demande de la commission. Or c'est seulement après des échanges avec son homologue française, l'Autorité de sûreté nucléaire, que l'IFSN a décidé de rouvrir ce dossier. Cela donne l'impression qu'elle ne prend pas au sérieux les demandes de la Commission de gestion. Aussi, l'IFSN a découvert en janvier 2019 des falsifications dans des procès-verbaux de contrôle à la centrale nucléaire de Leibstadt, falsifications qui durent depuis 2016. Qu'est-ce que l'IFSN attend pour faire des contrôles sérieux dans nos centrales nucléaires? On le sait très bien, tous les accidents nucléaires majeurs sont dus à des erreurs humaines, même l'accident de Fukushima. En effet, si des humains n'avaient pas placé les groupes électrogènes de secours dans une zone inondable, il n'y aurait certainement pas eu cette catastrophe nucléaire. Le Conseil fédéral doit mettre la pression sur l'IFSN afin qu'elle fasse son travail de surveillance pour protéger réellement la population du pays et non les intérêts financiers des propriétaires des centrales atomiques.

Concernant l'exportation de matériel de guerre, on constate que le Conseil fédéral prend toujours une position réactive plutôt que proactive. Cela donne l'impression que le Conseil fédéral ne prend des mesures pour limiter l'exportation de matériel de guerre dans telle ou telle région que lorsqu'un scandale sort dans la presse. En gros, tant que personne ne dit rien ou ne voit rien, on laisse faire. Le Conseil fédéral avait pris des engagements auprès du peuple suisse en 2009 lors de la votation sur l'interdiction d'exporter du matériel de guerre à l'étranger. Aujourd'hui, il bafoue sa parole et ne respecte pas ses engagements. Ce n'est pas acceptable. Faudra-t-il attendre le prochain scandale dans la presse pour prendre les mesures qui s'imposent pour limiter les exportations de matériel de guerre?

C'est pourquoi les Vert'libéraux soutiennent l'initiative populaire de rectification qui a déjà recueilli plus de 100 000 signatures. Le groupe vert'libéral n'a aucun membre dans la Commission de gestion, mais il restera très attentif à la manière dont le Conseil fédéral prendra ses responsabilités à l'avenir sur ces différents sujets.

La présidente (Carobbio Guscetti Marina, présidente): La commissione propone di prendere atto del rapporto.

Vom Bericht wird Kenntnis genommen

Il est pris acte du rapport

AB 2019 N 445 / BO 2019 N 445